

Antworten auf die Wahlprüfsteine für den Bundesweiten Koordinierungskreis gegen Menschenhandel (KOK) anlässlich der Europawahl 2024



Mit welchen politischen Maßnahmen wird sich Ihre Partei für eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen in Europa und gegen die in vielen Ländern zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume einsetzen?

Wir haben im Europäischen Parlament einen Initiativbericht für die Schaffung eines europäischen Vereinsstatuts eingebracht und erfolgreich für den Gesetzesvorschlag zum europäischen Vereinsrecht gekämpft. Im nächsten Mandat werden wir uns weiter dafür einsetzen, diese Vision einer geeinten europäischen Zivilgesellschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Denn durch ein europäisches Vereinsrecht vereinfachen wir nicht nur die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ehrenamtlicher und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure, sondern spannen auch einen Schutzschirm, sodass NGOs nicht aus politischen Gründen drangsaliert werden können. Diese Priorität haben wir auch im Europawahlprogramm festgelegt.

Mit welchen Maßnahmen wollen sie die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen in der EU verbessern und in Richtung einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse weiterentwickeln?

Wir kämpfen für ein Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft. Um dieses Versprechen einzulösen, müssen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Dazu gehört für uns, verbindliche Standards zu setzen, die die Rechte der Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung schützt, die Würde von Rentner*innen und Erwerbslosen achtet und Ungleichheit reduziert. Standards, die den Anspruch der Bürger*innen auf wirksame Medikamente und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung sichert und dafür sorgt, dass Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Frauen, Familien und alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere Menschen aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Davon profitieren letztlich alle in der EU. So ergänzt die soziale Infrastruktur die wirtschaftliche; so schaffen wir Zusammenhalt.

Welche Prioritäten setzt Ihre Partei in der europäischen Migrations- und Asylpolitik? Wie wollen Sie den Rückbau des individuellen Rechts auf Asyl aufhalten, Menschenrechte auch für Migrant*innen und Geflüchtete gewährleisten und Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen beenden?

Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert sowie die humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen wie die UN-Flüchtlingskonvention einhält. Von diesem Ziel sind wir momentan weit entfernt. Wir setzen uns im Europaparlament dafür ein, dass Geflüchtete an den Außengrenzen rasch registriert, angemessen versorgt und menschenwürdig untergebracht werden. Dazu zählt auch, dass keine weiteren großen Haftlager wie Moria an den Außengrenzen entstehen, die die Würde und Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Jeder Asylsuchende hat das Recht auf ein faires und rechtsstaatliches Verfahren. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und politisch konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen außerdem die EU-Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen und hier einen Schwerpunkt auf Frauen und besonders vulnerable Gruppen legen.

Werden Sie den Schutz der Betroffenen von Menschenhandel und den Zugang zu Unterstützung zur Priorität machen? Durch welche Maßnahmen auf europäischer Ebene kann

dies aus Ihrer Sicht gelingen? Werden die geplanten Maßnahmen für alle Betroffenen, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit, umgesetzt?

Menschenhandel ist eine schwere Straftat und gravierende Menschenrechtsverletzung. Eine effektive Bekämpfung muss gemeinsam und über Grenzen hinweg erfolgen. Die internationale Kooperation zur Prävention, Strafverfolgung und dem Schutz von Betroffenen, überwiegend Frauen und Mädchen, wollen wir verbessern und die Koordination zwischen den zuständigen Institutionen stärken. Bestehende Vereinbarung, wie die EU-Opferschutzrichtlinien, wollen wir überarbeiten. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben ist falsch. Stattdessen wollen wir sie durch dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme schützen. Zudem können wir so auch zu einer Erhöhung ihrer Anzeige- und Aussagebereitschaft führen und die Strafverfolgung der Täter*innen erleichtern. Betroffene von Menschenhandel müssen einfach Zugang zu Informationen über Opferrechte und Unterstützung erhalten.

Wie wollen Sie der Ausbeutung von Arbeitskräften (auch grenzüberschreitend) entgegenwirken? Welche Rolle spielen für Sie dabei der Schutz und die Rechte von Wanderarbeitnehmer*innen?

Alle Arbeitskräfte in der EU, unabhängig ihrer Herkunft und ihrer Staatsangehörigkeit, müssen vor Ausbeutung und Diskriminierung geschützt werden. Der Schutz der Arbeitskräfte steht für uns an erster Stelle. Wir wollen verbindliche Europäische Standards und besonders bei saisonalen Arbeiter*innen muss sichergestellt werden, dass diese ordnungsgemäß versichert, angemessen versorgt und gerecht entlohnt werden. Um Scheinselbständigkeit, Lohn- und Sozialdumping zu bekämpfen, braucht es eine Ausweitung des Mandats der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) auf Drittstaatsangehörige und eine bessere Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden, ELA und Gewerkschaften. Menschen müssen einfach, barrierefrei und in ihrer eigenen Sprache über ihre Rechte und deren Durchsetzung informiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass endlich auch die EU-Staaten inklusive Deutschland die Wanderarbeiter-Konvention ratifizieren.

Wie wollen Sie die Kooperation bei der Ermittlung und Strafverfolgung in grenzüberschreitenden Fällen von Menschenhandel verbessern?

Um Fälle von Menschenhandel effektiv aufzuklären und strafrechtlich zu verfolgen, braucht es neben der ordnungsgemäßen Umsetzung der EU-Menschenrechtsrichtlinie auch eine bessere und umfassende Kooperation und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, den nationalen Polizei- und Justizbehörden und der öffentlichen Verwaltung. Wir wollen den Kampf gegen den Menschenhandel zu einem Schwerpunkt beim Vorgehen gegen kriminelle Gruppierungen machen. Eine fehlende oder lückenhafte Datenlage behindert eine effektive Verfolgung und Identifizierung von Täter*innen. Daher wollen wir, dass die Mitgliedstaaten zielgerichtete Aktionspläne erarbeiten und umsetzen. Gleichzeitig müssen Maßnahmen auch auf europäischer Ebene gebündelt und abgestimmt werden. So setzen wir wirkungsvolle Schritte um Menschenhandel zu beenden und kriminelle Netzwerke zu zerschlagen.

Wie stehen Sie zur Etablierung eines europäischen Verweisungsmechanismus in Fällen von Menschenhandel? Welche Prioritäten sollte dieser haben? Wie werden Sie im Rahmen dessen die Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel länderübergreifend strukturell sicherstellen?

Wir schmieden Allianzen zwischen Fachberatungsstellen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft. Wir setzen uns für Schulungen des Personals ein, das mit Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt oder dabei helfen kann, Täter*innen zu identifizieren. Schließlich stärken wir eine entschlossene, grenzüberschreitende Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden, um gegen den Menschenhandel vorzugehen und kriminelle Netzwerke zu zerschlagen.

Welche Bedeutung messen Sie der Europäischen Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels bei?

Die Europäische Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels ist von entscheidender Bedeutung für die transnationale Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, um mehr Fälle aufzudecken, die die Opfer zu schützen und Täter*innen zu verfolgen. Durch einen koordinierten und umfassenden Ansatz können die Mitgliedstaaten gemeinsam wirksamere Maßnahmen zur Bekämpfung dieses schweren Verbrechens ergreifen. Die Strategie bietet einen Rahmen für den Austausch bewährter Praktiken, die Stärkung der Rechtsvorschriften und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Nichtregierungsorganisationen und anderen relevanten Akteur*innen. Dies wird die Wirksamkeit der Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels erhöhen und die Möglichkeiten zur Identifizierung und Unterstützung der Opfer verbessern.